

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
31.08.2022	7	0	2524	00.06.04

Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend «Ausstieg aus fossilem, insbesondere russischem Gas: Was tut bzw. plant der Gemeinderat?», Antwort

Ausgangslage

Am 30. März 2022 wurde folgende Interpellation eingereicht:

Erstunterzeichner: Bruno Vanoni (GFL)
Mitunterzeichnende: Annamaria Badertscher (GFL)

«Angesichts der erhöhten Dringlichkeit, aus klima-, sicherheits- und friedenspolitischen Gründen aus fossilem, insbesondere russischem Gas auszusteigen, wird der Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- 1. Welche Massnahmen wurden seit der Erheblicherklärung der Ziffern 1 und 3 der Motion «Zollikofen heizt zunehmend klimaneutral: dank verstärkter Biogas-Nutzung in der Gasversorgung, CO₂-Kompensation und weiteren Massnahmen» getroffen?*
- 2. Welche konkreten Schritte zur Erfüllung der erwähnten Motionsforderungen werden in nächster Zeit unternommen?*
- 3. Ist der Gemeinderat bereit, den 2016 beschlossenen Energierichtplan zu überarbeiten und die geltenden Formulierungen zu ersetzen, die auf eine Beibehaltung oder gar Förderung der Erdgasnutzung hinauslaufen?*
- 4. Ist der Gemeinderat bereit, eine längerfristige Ausstiegsstrategie aus fossilem Erdgas zu erarbeiten, in Abstimmung auf allfällige Bestrebungen der Stadt Bern und des Gasversorgungsunternehmens ewb?*
- 5. Ist der Gemeinderat bereit, für den forcierten Ausstieg aus fossilen Energien und den Umstieg auf Erneuerbare die nötigen Personalressourcen bereitzustellen und dazu nötigenfalls den Stellenplafonds aufzustocken (sofern der geltende Stellenplafonds nicht ausreicht)?*
- 6. Ist der Gemeinderat bereit, den Ausstieg aus fossilem Gas auch durch Fördermassnahmen auf Gemeindeebene voranzutreiben, allenfalls auch als Pioniertat Zollikofens und als gutes Beispiel für Förderprogramme des Kantons und anderer Gemeinden?*

Begründung:

Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat den Gemeinderat vor knapp zwei Jahren mit der teilweisen Erheblicherklärung einer überparteilich eingereichten Motion mit konkreten Massnahmen «zur Senkung der Klimabelastung durch die Gasversorgung» beauftragt. Die beiden gutgeheissenen Ziffern 1 und 3 der Motion, die in der überparteilichen Klimagruppe des GGR formuliert und von GGR-Mitgliedern aus GFL, EVP, SP, glp und FDP eingereicht worden war, haben folgenden Wortlaut:

«1. Die Gemeinde Zollikofen deckt den Gasverbrauch ihrer eigenen Liegenschaften mit einem erhöhten Anteil Biogas und leistet für die allenfalls verbleibende Klimabelastung freiwillige Zahlungen zur CO₂-Kompensation andernorts.

3. Die Gemeinde Zollikofen motiviert alle Gasbeziehenden in Zollikofen mittels regelmässiger Information und aktiver Beratung zum vermehrten Bezug von Biogas und/oder zur CO₂-Kompensation durch die entsprechenden Angebote der Gasversorgung.»

Seit der Erheblicherklärung dieser Forderungen hat das Berner Volk (und auch eine klare Mehrheit in der Gemeinde Zollikofen) dem Klimaschutz-Artikel in der Kantonsverfassung zugestimmt. Er

verpflichtet auch die Gemeinden zu aktivem Einsatz für die Begrenzung der Klimaveränderung und zur Leistung des erforderlichen Beitrags zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2050. Der Gemeinderat hat sich im Politikplan 2022-2026 zu «nachhaltigen Massnahmen» gegen den Klimawandel bekannt und im Umsetzungsprogramm 2022 den neuen Lösungsansatz aufgenommen: «Wir senken den CO₂-Ausstoss auf dem ganzen Gemeindegebiet.» In der Antwort auf die Motion «Mit einem Förderprogramm auf dem Weg zur Klimaneutralität» hat der Gemeinderat sein Ja zu einem lokalen Förderprogramm unter anderem auch damit begründet, dass so zusätzliche Anreize geschaffen werden können, um «fossile Heizungen rasch mit umweltfreundlichen Heizsystemen abzulösen».

Zu den möglichst rasch zu ersetzenden «fossilen Heizungen» zählen nicht nur die vieldiskutierten Ölheizungen, die gemäss Energierichtplan die Hälfte des Wärmebedarfs in Zollikofen decken. Wichtig für den CO₂-Ausstoss sind auch die Gasheizungen, die in Zollikofen 38 % des Wärmebedarfs decken und 37 % der Klimabelastung des Wärmesektors verursachen. Vom Gaslieferanten ewb erfragte neue Zahlen deuten nicht darauf hin, dass der Gasabsatz in Zollikofen seither markant gesunken ist. (Ein Rückgang ist allenfalls bei den Grosskunden (mehrheitlich Überbauungen im Heizzentralen) feststellbar, nicht aber bei den Tarifkunden mit kleineren Bezügen für Heizungen).

Aufgrund der jüngsten alarmierenden Feststellungen des Weltklimarats (IPCC) hat der Ersatz nicht nur der Öl-, sondern auch der Gasheizungen weiterhin hohe, ja noch erhöhte Dringlichkeit. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zudem schlagartig auf die Problematik aufmerksam gemacht, dass rund die Hälfte des hierzulande verbrannten Erdgases aus Russland stammt und der Einkauf zur Finanzierung der russischen Kriegsmaschinerie beiträgt. Ein beschleunigter Ausstieg aus fossilem Gas ist deshalb nicht allein aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch aus sicherheits- und friedenspolitischen Überlegungen geboten.

Der Gemeinderat wird deshalb eingeladen, über die bisher unternommenen Schritte gemäss der eingangs erwähnten Motion zu berichten, die nächsten Schritte aufzuzeigen und eine längerfristige Strategie zum Ausstieg aus der fossilen Gasversorgung zu erarbeiten (letzteres auch im Hinblick auf analoge Bestrebungen, die auf kantonaler Ebene und in andern Gemeinden mittels parlamentarischen Vorstössen in die Wege geleitet werden oder bereits im Gange sind). Als Zwischenschritt, insbesondere zur Vermeidung des Einsatzes von russischem Erdgas, ist der Umstieg auf Biogas und/oder anderweitig erneuerbar erzeugten Gases voranzutreiben: durch Bezug von 100 % Biogas für gemeindeeigene Liegenschaften und durch Propagierung des entsprechenden ewb-Produkts für die rund 350 Gasbeziehenden in Zollikofen.

Denn: Wer persönlich, für seine eigene Heizung, nichts mehr mit russischem Erdgas zu tun haben will, ist nicht ohnmächtig, sondern kann konkret handeln: bei ewb 100 % Biogas bestellen – das kommt sicher nicht aus Russland!»

Antwort

Vorbemerkung

Mitte der 1980er-Jahre haben die Gemeindebehörden und die Stimmberechtigten einer Erhöhung der Netzkapazität der Gasversorgung auf dem Gemeindegebiet Zollikofen mit grossem Mehr zugestimmt. Zu den damaligen Gründen und Zielsetzungen lässt sich in der entsprechenden Abstimmungsbotschaft¹ Folgendes nachlesen:

«Luftbelastung: Es muss ein Ziel sein, die Schadstoffbelastung unserer Luft herabzusetzen. Man kann deshalb auf den Energieträger Erdgas in der heutigen Zeit keinesfalls verzichten. [...] Heute ist Erdgas ein moderner und angesehener Energieträger, vielleicht weniger wegen des Gaspreises als aus Gründen des Umweltschutzes. Erdgas ist anerkannt als saubere Energie. Es verbrennt nicht nur rauch- und russfrei, Erdgas enthält praktisch keinen Schwefel. Deshalb produziert die Erdgasheizung auch kaum Schwefeldioxid. Im Weiteren konnte durch konstruktive Massnahmen bei Gasheizkesseln der neuesten Generation der Ausstoss von Stickoxid um 30 - 40 % gesenkt werden. Neu entwickelte

¹ Abstimmungsbotschaft der Einwohnergemeinde Zollikofen zur Urnenabstimmung vom 12. Juni 1988, Geschäft «Gasversorgung, Erhöhung der Netzkapazität»

Brennertechniken erlauben sogar noch grössere Reduktionen. Weiter sind die Emissionen von unverbrannten Kohlenwasserstoffen viel geringer.»

Unter diesen damals geltenden Prämissen hat die Gemeinde ihre gemeindeeigenen Liegenschaften weitgehendst von Erdöl auf Erdgas umgestellt und im Sinne von regulatorischen Eingriffen für gewisse Gemeindegebiete eine Gasanschlusspflicht erlassen.

Allgemein

Der Krieg in der Ukraine hat die Politik und die Bevölkerung bezüglich Abhängigkeit Europas von russischem Gas (Anteil von 43 % an den Gasimporten 2021) und drohenden Engpässen aufgerüttelt. Die daraus resultierenden Forderungen aus der Politik allgemein, dem GGR und Stimmen aus der Bevölkerung zum Ausstieg aus dem importierten Gas sind nachvollziehbar. Einen guten und sicheren Weg zu begehen in dieser Frage kostet Zeit und kann trotz des politischen Drucks nicht von heute auf morgen erfolgen.

Frage 1

Welche Massnahmen wurden seit der Erheblicherklärung der Ziffern 1 und 3 der Motion «Zollikofen heizt zunehmend klimaneutral: dank verstärkter Biogas-Nutzung in der Gasversorgung, CO₂-Kompensation und weiteren Massnahmen» getroffen?

Die Gemeinde Zollikofen hat in den letzten Jahren die Gas- und Ölheizungen in gemeindeeigenen Liegenschaften konsequent durch umweltfreundlichere Systeme ersetzt.

Liegenschaft	Jahr des Wechsels / der Erstellung	Energieträger neu
Verwaltungsgebäude	2013	Erdsonde
Schulanlage Oberdorf	2013	Fernwärme
Schulanlage Sekundarstufe I	2013	Fernwärme
MFH Buchsweg 8	2016	Pellets
Neubau KiGa Häberlimatte	2017	Fernwärme
Neubau Schulraumerweiterung Oberdorf	2022	Fernwärme

Ausstehend sind die unten aufgeführten Liegenschaften. Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes der Wärmeverbund Zollikofen AG sollen auch diese verbleibenden Liegenschaften an das Fernwärmenetz angeschlossen werden.

Liegenschaft	Verbrauch in kWh	Anschluss an Wärmeverbund
Kindergarten Kläyhof	27'600	2026
Schulanlage Geisshubel	182'100	2026
Schulanlage Steinibach	139'500	2024
Kindergarten Steinibach	29'600	2024
Bernstrasse 90	61'200	Abbruch der Liegenschaft
Aufbahrungs- und Bestattungsgebäude (Ölheizung)	50'000	2026
Kindertagesstätte	32'000	2029

Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung bezüglich alternativer Heizsysteme haben im Zusammenhang mit der Vorstellung der Wärmeverbund Zollikofen AG vom 20. Februar 2020 und dem Energieanlass vom 11. November 2021 in der Aula Sekundarschule stattgefunden.

Frage 2

Welche konkreten Schritte zur Erfüllung der erwähnten Motionsforderungen werden in nächster Zeit unternommen?

Der Ausbau des Fernwärmenetzes wird durch die Bauverwaltung aktiv begleitet. Bei Bauvoranfragen wird auf die bestehenden und projektierten Fernwärmenetze hingewiesen und die Kontakte vermittelt.

Der Gemeinderat hat entschieden, dass gemeindeeigene Liegenschaften ab 1. Oktober 2022 mit 50 % Biogas beheizt werden sollen und für den Restanteil Erdgas CO₂-Kompensationen bezahlt werden. Ein Beitrag mit dem Titel «Heizen ohne Erdgas» wurde am 16. Juni dieses Jahres im Mitteilungsblatt Zollikofen publiziert. Darin wurde auf Alternativen zur Gasheizung und auf die Möglichkeit, den Anteil Biogas zu erhöhen, hingewiesen. Zusätzlich wurde der Beschluss des Gemeinderats betreffend Wechsel auf des EWB-Gasprodukt mit 50 % Biogas inklusive CO₂-Kompensation für gemeindeeigene Liegenschaften im Mitteilungsblatt Zollikofen vom 30. Juni 2022 veröffentlicht.

Frage 3

Ist der Gemeinderat bereit, den 2016 beschlossenen Energierichtplan zu überarbeiten und die geltenden Formulierungen zu ersetzen, die auf eine Beibehaltung oder gar Förderung der Erdgasnutzung hinauslaufen?

Der 2016 beschlossene Energierichtplan ist behördenverbindlich. In denjenigen Gebieten, bei welchen sich die Ausgangslage wesentlich verändert hat, wird bereits heute davon abgewichen. Insbesondere in Bereichen mit priorisierter Gasnutzung, in welchen die Wärmeverbund Zollikofen AG vorgestossen ist oder vorstossen wird. Von einer vorzeitigen Überarbeitung des Energierichtplans wird vorerst abgesehen, weil das Gasnetz als Transportmittel von Biogas eine wichtige Funktion erfüllt. Die Wichtigkeit des Gas-Netzes könnte mit dem Ausbau der Biogasproduktion oder der Entwicklung von synthetischen Gasen (Power-to-Gas) in Zukunft noch zunehmen.

Eine Überprüfung der Richtpläne ist noch in diesem Jahr vorgesehen. Je nach Ergebnis wird dies auch einen Einfluss auf die Zukunft und den Weiterbestand der heutigen Richtpläne haben. Das Ergebnis kann aber nicht vorweggenommen werden.

Frage 4

Ist der Gemeinderat bereit, eine längerfristige Ausstiegsstrategie aus fossilem Erdgas zu erarbeiten, in Abstimmung auf allfällige Bestrebungen der Stadt Bern und des Gasversorgungsunternehmens ewb?

Momentan hat der Gemeinderat keine Strategie, die vollständig auf eine Erschliessung mit Erdgas auf dem gesamten Gemeindegebiet verzichtet. An der heutigen Strategie mit Informationen zu alternativen Energieträgern, der Unterstützung beim Ausbau des Fernwärmenetzes und der Beratung von Bürgerinnen und Bürgern wird momentan festgehalten. Die teure Infrastruktur mit dem Gasleitungsnetz ist gebaut und hat auch für die Zukunft Potential für eine alternative Nutzung, sei es mit Biogas oder den bereits erwähnten synthetischen Gasen. Das sich abzeichnende saisonale Ungleichgewicht zwischen Stromproduktion im Sommer und Verbrauch im Winter könnte dereinst mit der Power-to-Gas-Technologie und den guten Speichermöglichkeiten von Gasen abgedeckt werden.

Frage 5

Ist der Gemeinderat bereit, für den forcierten Ausstieg aus fossilen Energien und den Umstieg auf Erneuerbare die nötigen Personalressourcen bereitzustellen und dazu nötigenfalls den Stellenplafonds aufzustocken (sofern der geltende Stellenplafonds nicht ausreicht)?

Für neue Stellenschaffungen liegen zurzeit von mehreren Abteilungen Begehren vor, die über den vorhandenen Stellenpool von 5'600 Stellenprozenten hinaus gehen. Eine Diskussion über eine allfällige Erhöhung des Stellenpools ist ausstehend; eine Erhöhung müsste durch den Grossen Gemeinderat auf Antrag des Gemeinderats beschlossen werden. Die konkreten Stellenschaffungen innerhalb des bewilligten Stellenpools ist Sache des Gemeinderats. Eine Überprüfung der Personalressourcen bei der

Bauverwaltung muss vor allfälligen Stellenschaffungen vorgängig erfolgen. Ausser Frage steht, dass die Anforderungen an den Bereich Umwelt in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind und sich die Umsetzung von Aufgaben in diesem Bereich auch wegen knappen Personalressourcen und fehlendem spezifischem Fachwissen verzögert.

Frage 6

Ist der Gemeinderat bereit, den Ausstieg aus fossilem Gas auch durch Fördermassnahmen auf Gemeindeebene voranzutreiben, allenfalls auch als Pioniertat Zollikofens und als gutes Beispiel für Förderprogramme des Kantons und anderer Gemeinden?

Im noch ausstehenden Förderprogramm ist die Idee angedacht, sich auf die Beitragszusicherung des Kantons zu stützen, der mittlerweile den Wechsel von Gasheizungen gleich wie Ölheizungen behandelt.

Zollikofen, 30. Mai 2022

Zuständigkeiten:

Departement: Tiefbau, Ver- und Entsorgung

Sachbearbeiter: Samuel Scherler